Bulgarien

Johanna Deimel

Am 24. Juni 2004 war Bulgarien auf der Siegerstrasse, als die Verhandlungen mit der EU durch die Schließung der 31 Verhandlungskapitel zu ihrem vorläufigen Abschluss fanden. Auch der Europäische Rat bekräftigte am 17. Dezember 2004 das Zieldatum Januar 2007 für den Beitritt des Landes zur EU, und wurde am 13. April 2005 durch das überwältigende Votum des Europäische Parlaments mit 522 von 660 Stimmen in seiner grundsätzlich positiven und motivierenden Einschätzung gestärkt. Doch spätestens seit der Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags am 25. April 2005 in Luxemburg standen nicht nur die innenpolitischen Entwicklungen in Bulgarien einer stabilen Fortentwicklung der notwendigen Reformmaßnahmen entgegen, droht die Schutzklausel und eine Aufschiebung des Beitritts auf das Jahr 2008. Die Schutzklausel besagt, dass die Europäische Kommission jederzeit dem Europäischen Rat eine Verschiebung des Beitritts vorschlagen kann, wenn es stichhaltige Gründe gibt, dass Bulgarien seine Verpflichtungen und Voraussetzungen für die Mitgliedschaft nicht erfüllt.[1] Die Schutzklausel selbst kann allerdings nur dann in Kraft treten, wenn dies einstimmig von allen EU-Mitgliedern befürwortet wird.

Schwieriges Ende der Regierung Sakskoburggotski

Die wirtschaftlichen Rahmendaten des Jahres 2004 mit einem realen Wachstum des BIP von 5,6 % und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 12,7 % waren gut und zeigten, dass die bulgarische Wirtschaft weiter kräftig anzog. Zudem verzeichnete Bulgarien 2004 einen rekordverdächtigen Budgetüberschuss von 429,7 Mio. Leva (1,7 % des BIP), der im ersten Halbjahr 2005 auf 1,1 Mrd. Leva (576 Mio. Euro) weiter anstieg. Als Ursachen hierfür werden überplanmäßige Zolleinnahmen und Einnahmen bei der Gewinn- und Dividendensteuer ausgemacht. Der positive Wachstumstrend schlug sich u.a. aufgrund gestiegener Reallöhne in einer gestiegenen Binnennachfrage nieder und zeigte deutliche Beschäftigungsimpulse.[2] Dennoch bleiben Chaos und Instabilität die wesentlichen Merkmale der letzten Monate der Regierung Simeon Sakskoburggotski, denn von Januar 2005 an tauchte Bulgarien in eine tiefe politische Krise. Wesentlichen Anteil daran hatte der Koalitionspartner der Nationalen Bewegung Simeon II (NDSV), die Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS) unter ihrem Vorsitzenden Achmed Dogan. Agierend wie eine Oppositionspartei widersetzte sich die DPS am 25. Januar 2005 in letzter Sekunde dem Verkauf von Bulgartabak an die British American Tobacco. Der Deal platzte und die Regierungskoalition verweigerte dem Parlament jedwede Debatte zu diesem Punkt. Premierminister Sakskoburggotski musste sich am 4. Februar 2005 dem sechsten Misstrauensvotum in seiner Amtszeit stellen und eine Kabinettsumbildung vornehmen. Immer offenkundiger nahmen klientelistische Netzwerke Einfluss auf die Politik. Laut Transparency International Global Corruption Barometer 2004 gelten die bulgarischen Parteien als sehr korrupt 4.3 (5 ist der schlechteste Wert), gefolgt vom Parlament, das mit 4.2 bewertet wurde. Die heterogene NDSV, die angetreten war, eine liberale Alternative im

1 http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/strategy_paper_en.pdf
2 http://www.ba-ca.com/informationspdfs/CEE-Report_03-05-Bulgarien.pdf; http://europa.eu.int/comm/enlargement/bulgaria/economical_profile.htm

politischen Spektrum Bulgariens zu bieten, scheiterte zunehmend an individuellen Eigeninteressen ihrer Abgeordneten in der Bulgarischen Nationalversammlung. Eine ihrer Splittergruppen, die „Neue Zeit“ um Emil Košlukov, musste Sakskoburggotski schließlich im Februar 2005 ins Kabinett nehmen, um vorgezogene Neuwahlen zu vermeiden.

Zurück in die Zukunft? Die Parlamentswahlen vom 25. Juni 2005

Mit nur 55 % war die Wahlbeteiligung an den regulären Parlamentswahlen am 25. Juni 2005 die niedrigste seit der Wende, und das, obwohl die NDSV mit einem Lotteriespiel (sic!) um Wähler warb. Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) rechnete mit einem Ergebnis für das linksgerichtete Mehrparteienbündnis „Koalition für Bulgarien“ um die 40 % und erreichte nur 34,17 %. Obwohl die NDSV von 42 % (2001) auf 22,08 % absackte, hatte sie sich doch als politischer Faktor in der Parteienlandschaft Bulgariens etabliert. Die Quittung für die andauernden persönlichen Rivalitäten und das Scheitern einer geeinigten konservativen Kraft bekam die Union Demokratischer Kräfte (ODS), die von 18 % (2001) auf nur 8,33 % in der Wählergunst abstürzte. Gewinner war neben der ultra-nationalistischen Ataka (siehe unten) der ehemalige Premier Ivan Kostov, der mit seiner Partei, den Demokraten für ein starkes Bulgarien (DSB), den Sprung in das Parlament schaffte.

Wenngleich auch in anderen Balkanländern wie auch in EU-Mitgliedstaaten nationalistische Parteien in den Parlamenten vertreten sind, war der hohe Stimmenanteil von über 8 % für die erst im Mai 2005 gegründete Vereinigung „Ataka“ mit Volen Siderov an der Spitze überraschend. Unter dem Dach „Ataka“, der nun viertstärksten Kraft in der Bulgarischen Nationalversammlung, firmieren die „Nationale Bewegung für den Schutz des Heimatlandes“, die „Bulgarische National-Patriotische Partei“, die politische Gesellschaft „Zora“ und die Gruppierung „Verteidigung – Patriotische Vereinigung der Reservisten“. Volen Siderov war nicht nur Chefredakteur der Zeitung „Demokracija“, sondern ist Autor zahlreicher Publikationen, in denen er die anti-semitische Klaviatur bedient.[3] Im Wahlkampf zählten vor allem das Internet und das Kabelfernsehen zu seinen Plattformen. Auf der Ataka-Website wurde nicht nur eine Liste von 1.500 „einflussreichen Juden“ des Landes veröffentlicht, sondern auch die Karte Bulgariens mit jüdischen und türkischen Symbolen belegt. Das hohe Wahlergebnis von „Ataka“ spiegelt den Grad der Frustration gegenüber der Politik wider, den Niedergang der politischen Kultur. Die bulgarische Zeitschrift „Kapital“ stellte in einer Analyse der Wahlergebnisse vom 25. Juni 2005 eine hohe Polarisierung fest, wobei insbesondere die Altersgruppe der 18- bis 50-jährigen, die eine mittlere bis hohe Ausbildung vorweisen können und in ebensolchen Führungspositionen stehen als besonders volatile Gruppe erfasst wurden.[4] Eine Umfrage in der Tageszeitung „24 Časa“ im Oktober 2004 zeigte, dass die Bevölkerung von der Politik in ihrem Land frustriert auf eine Alternative hoffte. 40 % der Befragten gaben an, dass sie für eine neue Partei votieren würden und 18 % von ihnen hätten gerne eine autoritäre Person, die ihr Land führt. Es sind also nicht unbedingt die klassischen Verlierer der Transformation, die sich mit dem Slogan „Bulgarien den Bulgaren“ identifizieren können, und das macht den Erfolg von „Ataka“ so gefährlich.

Die neue Regierungskoalition unter Sergej Stanišev

Der junge BSP-Vorsitzende Sergej Stanišev wurde verfassungsgemäß mit der Regierungsbildung beauftragt. Grabenkriege, Erpressungsversuche begleiteten eine Schmierenkomödie,

3 www.bghelsinki.org/obektiv/123-02.pdf; Neue Zürcher Zeitung, 24.08.05.
4 Kapital, Nr. 31, 2005, S. 1.

durch die das Ansehen Bulgariens und die Politik in den Augen der Bevölkerung weiter schweren Schaden nahmen.[5] Stanišev strebte zunächst eine Minderheitenregierung zusammen mit der vor allem von der türkischen Bevölkerungsgruppe gewählten DPS an. Im ersten Wahlgang wurde Stanišev am 28. Juli 2005 zwar als Premier mit 120 zu 119 Stimmen bestätigt, bei der Postenverteilung unter den Koalitionären aber scheiterte der BSP-Vorsitzende, sein Kabinett fiel durch und Stanišev musste als Premier nach nur wenigen Stunden zurücktreten. Beobachter bezeichneten die 18-stündige Marathonsitzung des Parlaments als chaotisch. Präsident Georgi Părvanov (BSP) beauftragte daraufhin die NDSV als zweitstärkste Kraft mit der Regierunsgbildung. Als auch diese scheiterte und keine mehrheitsfähige Regierungskoalition bilden konnte, drohten entweder Neuwahlen oder die Bildung einer Expertenregierung. Über 40 Tage dauerte das politische Zerren, Hauen und Stechen, bis ein erneuter der Regierungsbildung von Sergej Stanišev (BSP) am 16. August 2005 vom Parlament gebilligt wurde. Die Bulgarische Nationalversammlung bestätigte mit 168 Stimmen bei 67 Gegenstimmen Stanšev als Premierminister und genehmigte schließlich mit 169 positiven Voten und 68 Nein-Stimmen auch sein 19-köpfiges Kabinett. Die Mitte-Links-Regierungskoalition setzt sich zusammen aus der BSP mit 8 und der NDSV mit 5 sowie der DPS mit 3 Ministern. Dem sog. Koalitionsrat obliegt die Aufgabe, wichtige Entscheidungen zu beraten und im Konsens zu entscheiden. Kontinuität in der Regierungsarbeit mit Blick auf den erhofften EU-Beitritt verspricht Meglena Kuneva (NDSV), die ihren Ministerposten für Europäische Integration behalten wird. Auch die Einbeziehung von Plamen Orešarski als Finanzminister in das Kabinett auf dem BSP-Ticket ist ein gelungener Schachzug und wichtiges Signal in Richtung Brüssel. Orešarski war Partei-Vize der konservativen „Union Demokratischer Kräfte“ und stellv. Finanzminister unter Premier Ivan Kostov (1997-2001).

Was auf den ersten Blick als eine schwierige Suche nach Mehrheiten erscheint, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen auch als eine Verhandlung um Einflussnahme und Macht, wenn es um die Verteilung der lukrativen Finanzhilfen seitens der EU geht. Hier wurde der Kuchen unter den Koalitionspartnern aufgeteilt.

Über das ISPA Programm für Verkehr, Umweltschutz und Infrastruktur stehen 2004-2006 400 Mio. Euro bereit. SAPARD, das Landwirtschaft und ländliche Entwicklung unterstützt, sieht für den Zeitraum 2004-2006 Finanzhilfen in Höhe von 225,67 Mio Euro vor, für 2007-2013 sind weitere progressiv steigende Zuschüsse von 183 Mio. Euro 2007 auf 307 Mio Euro 2013 geplant. Das Energieministerium ist ein Herzstück, zumal zwischen 2004-2006 140 Mio Euro und 2007 bis 2013 jährlich weitere 70 Mio. Euro seitens der EU nach Bulgarien fließen, um die möglichen Verluste bei der Abschaltung der Reaktorblöcke 3 und 4 des Atomkraftwerks Kozloduj zu kompensieren.[6] Der stellvertretende BSP-Vorsitzende, Rumen Ovčarov, wird nunmehr dem zusammengefassten „Ministerium für Wirtschaft und Energie“ als Minister voranstehen. Inwiefern PM Stanišev mit Ovčarov zwar der zentralen Schaltstelle der Macht innerhalb der BSP gedient, seinem Land aber einen Bärendienst erwiesen hat, wird sich zeigen. Ovčarov jedenfalls war unter Žan Videnov (BSP) bereits Energieminister, einer BSP-Regierung, die Bulgarien 1995-1996 in den wirtschaftlichen Kollaps führte, und er ist als ein klarer Gegner der Schließung der Reaktorblöcke 3 und 4 von Kozloduj bekannt. Mit Blick auf EU-Zuschüsse ebenso interessant sind das Ministerium für Regionalentwicklung (Assen Gagauzov, BSP), für Administration (Nikolaj Vassilev, NDSV), für Landwirtschaft (Nihat Kabil, DPS) und

5 Die Welt, 30.Juni 2005, S. 9.
6 Report in the Results of the Negotiations on the Accession of Bulgaria and Romania to the European Union. Prepared by the Commission's Departments February 2005.

Umwelt (Dževdet Čakărov, DPS). Der stellvertretende BSP-Vorsitzende, Rumen Ovčarov, wird nunmehr dem zusammengefassten „Ministerium für Wirtschaft und Energie“ als Minister voranstehen. Inwiefern PM Stanišev mit Ovčarov zwar der zentralen Schaltstelle der Macht innerhalb der BSP gedient, seinem Land aber einen Bärendienst erwiesen hat, wird sich zeigen. Ovčarov jedenfalls war unter Žan Videnov (BSP) bereits Energieminister, einer BSP-Regierung, die Bulgarien 1995-1996 in den wirtschaftlichen Kollaps führte, und er ist als ein klarer Gegner der Schließung der Reaktorblöcke 3 und 4 von Kozloduj bekannt. Mit Blick auf EU-Zuschüsse ebenso interessant sind das Ministerium für Regionalentwicklung (Assen Gagauzov, BSP), für Administration (Nikolaj Vassilev, NDSV), für Landwirtschaft (Nihat Kabil, DPS) und Umwelt (Dževdet Čakărov, DPS).

Noch ist nicht klar, welche weiteren Ambitionen der ehemalige Premier Simeon Sakskoburggotski, der auch als Mentor der neuen Koalition gilt, verfolgt. Spekuliert wird, dass er 2006 für das Präsidentenamt kandidieren könnte. Sollte Stanišev mit seiner Regierung straucheln und Bulgarien mit der Schutzklausel den Beitritt 2007 verpassen, könnte Sakskoburggotski vom Unmut der Bevölkerung gegenüber der BSP-geführten Regierung profitieren und ein ernster Konkurrent für den amtierenden Präsidenten Georgi Părvanov (BSP) werden. Die Regierung von Sergej Stanišev, die sich als eine „Regierung der Europäischen Integration, des Wirtschaftswachstums und der sozialen Verantwortung“ versteht, verfügt mit 169 von 240 Sitzen über eine Zweidrittelmehrheit, die alle für den EU-Beitritt notwendigen Verfassungsänderungen ermöglicht. Die positive Einstellung gegenüber der EU aber sinkt, nur mehr 52 % der bulgarischen Bevölkerung waren im August 2005 für einen Beitritt.[7] Im Oktober 2005 wird die EU ihren Bericht veröffentlichen und bis dahin hat Bulgarien viele entscheidende Maßnahmen zu treffen, um die Schutzklausel und die Verschiebung des Beitritts auf das Jahr 2008 zu verhindern. 36 Gesetze, darunter 22 für den EU Beitritt unabdingbare, müssen bis Oktober 2005 verabschiedet werden.

Der Druck ist groß, der auf der neuen Regierung lastet. Monate der innenpolitischen Querelen haben die Reformen mit Blick auf die EU-Integration behindert oder gar auf Eis gelegt. Neben Justiz und Verwaltung zählen auch konsequente Anstrengungen bei der Integration der Roma des Landes zu den angemahnten Bereichen. Hier könnte Stanišev nicht nur mit Blick auf den EU-Beitritt, sondern vor allem auch im Interesse des durch „Ataka“ gefährdeten friedlichen multi-ethnischen Zusammenlebens klare Zeichen setzen. Das neu gewählte Parlament hat keine Ferien. Das neue Strafgesetzbuch, eine zentrale Reformmaßnahme, muss auf den Weg gebracht werden und noch im November 2005 in Kraft treten. Am 23. August hat die erste Lesung des neuen Strafgesetzbuchs mit klarer Mehrheit die Nationalversammlung passiert. Auch die 18 Beobachter am Europäischen Parlament sind nominiert. Mit seinem ersten offiziellen Auslandsbesuch seit seinem Amtsantritt, der Stanišev am 29. August 2005 nach Brüssel führte, sollte ein weiteres Signal ausgesendet werden, dass Bulgarien aktiv daran arbeiten werde, die geforderten legislativen Maßnahmen rechtzeitig bis Oktober umzusetzen. In ihrem Strategiepapier hat die EU-Kommission festgehalten, dass sie die Implementierung der eingegangenen Verpflichtungen intensiv verfolgen und ab November 2005 jährlich einen entsprechenden Bericht abfassen wird, der alle Kapitel, einschließlich öffentliche Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Kampf gegen die Korruption hinsichtlich ihrer Entwicklung überprüft.[8] Der Sprecher der EU-Kommission, Amadeu Tardio, brachte es im August 2005 bezüglich Bulgarien auf den Punkt: „Jeder Tag zählt bei den Vorbereitungen und den notwendigen Reformen“. Die Uhr tickt.

7 Eurobarometer August 2005.
8 http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/strategy_paper_en.pdf